

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF

Die große Umverteilung

In den letzten Sonderausgaben des „blickpunkt“ formulierten wir: „Keiner weiß, wie die Welt nach Corona weitergehen wird. So wie bisher kann es auf keinen Fall weitergehen!“

Zunehmend spürt man jetzt, die Herrschenden wollen einfach so weitermachen.

Beispiele:

- **Trotz der Corona-Krise schrieb Deutschlands größtes Geldhaus einen Gewinn vor Steuern von 206 Millionen Euro. Aber gejammert wird trotzdem!**
- **Deutschland hat seine Rüstungsausgaben 2019 so stark gesteigert wie niemand sonst unter den 15 Staaten, die im weltweiten Ranking vorne liegen.... und Frau Karrenbauer will bei Trump Atombomber kaufen.**
- **Fraport jammert momentan auch - aber am Terminal 3 wird heftig weitergebaut. Man erwartet offenbar die „Nach-Corona-Billigflieger“.**
- **Weitermachen wie bisher will man auch im Gesundheitswesen: Nach wie vor will man Krankenhäuser schließen und den Rest privatisieren.**

Einen besonderen Blick aber sollten wir auf die „Große Umverteilung“ werfen. Es ist ja nicht lange her, dass man die Banken „rettete“ - jetzt aber werden Milliarden des Volksvermögens und Steuergelder ausgegeben, damit das große Kapital seine Macht behält. Unternehmen rufen nach staatlichen Geldern, gleichzeitig arbeiten sie

mit Steuerbetrug, um den Staat um wichtige Einnahmen zu prellen. So war das schon bei der Bankenkrise: Banken, denen das Gemeinwesen jahrelang egal war, verwiesen mit einem Mal auf ihre Systemrelevanz und wollten vom Staat gestützt werden. Alle großen Konzerne haben ihre „Steuerschupflöcher“. Sie müssen geschlossen werden.

Die Lufthansa will 10 Milliarden Euro, ohne Bedingungen! Mitsprache des Staates, wenn es z.B. um die Anschaffung „leiser“ oder „sauberer“ Flugzeuge geht, wollen sie nicht.

Corona kostet Billionen Euro. Doch was tragen diejenigen dazu bei, denen es am wenigsten weh tut, die

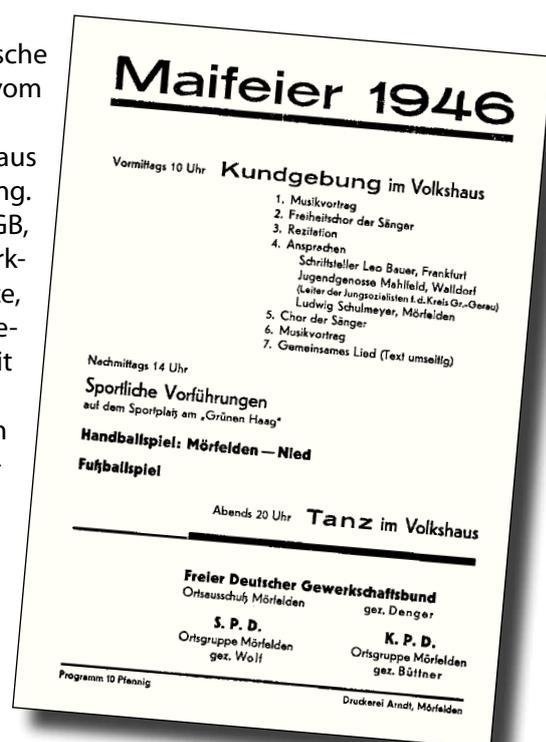
Reichen und Superreichen? Allein in Deutschland leben mehr als 100 Milliardäre mit einem Vermögen von rund 500 Milliarden Euro. Laut Auskunft der Deutschen Bundesbank besitzen 10% der reichsten Menschen in Deutschland 56% des Gesamtvermögens. Über die vergangenen fünf Jahre ist ihr Vermögen um mehr als ein Drittel gewachsen - auch Dank des Börsen- und Immobilienbooms. Wie wäre es denn, wenn in dieser außergewöhnlichen Situation diejenigen zur Kasse gebeten würden, die die Gewinner der letzten Jahre sind: Zum Beispiel mit einem Verzicht auf Zahlung von Dividenden und Boni an Großaktionäre und Spitzenmanager.

Im März 1945 befreiten amerikanische Truppen Mörfelden und Walldorf vom Faschismus.

Am 1. Mai 1946 gab es im Volkshaus Mörfelden die erste Maikundgebung. Eingeladen hatte der damalige FDGB, mit dem kommunistischen Gewerkschafter Adam Denger an der Spitze, die SPD (mit Arthur Wolf, dem späteren Bürgermeister) und die KPD (mit Viktor Büttner).

In jedem Jahr nach 1946 gab es in Mörfelden und Walldorf den Kampftag der Arbeiterbewegung. Kein Erster Mai ohne Maikundgebung! Der DGB schreibt: „Zum ersten Mal seit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 wird es 2020 keine Demos und Kundgebungen auf Straßen und Plätzen zum Tag der Arbeit am Ersten Mai geben.

Denn in Zeiten von Corona heißt Solidarität: mit Anstand Abstand halten. Trotzdem stehen wir am Tag der Arbeit 2020 zusammen!“



75 Jahre danach



Tag der Befreiung. Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen eingestellt, nachdem die verbliebenen Streitkräfte der Wehrmacht zuvor ihre bedingungslose Kapitulation erklärt hatten. Damit endete der Zweite Weltkrieg in Europa und mit ihm das „Dritte Reich“. International wird der heutige Tag als „Tag der Befreiung“ gefeiert.

In Deutschland war er das vor allem für die Verfolgten des Nazi-Regimes, darunter Hunderttausende Überlebende in den Konzentrationslagern. Für die meisten Deutschen blieb er jedoch eine Niederlage, „die man nicht feiert“, wie die CDU noch anlässlich des 25. Jahrestages 1970 erklärte.

Erst 1985 würdigte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker den 8. Mai als „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.

75 Jahre nach Kriegsende erneut Superrüstung

Was für ein trauriger Rekord: Deutschland hat seine Rüstungsausgaben 2019 so stark gesteigert wie niemand sonst unter den 15 Staaten, die im weltweiten Ranking vorne liegen. Und wäre da nicht Corona, wäre es ziemlich sicher, dass es so weitergeht. Die willkürlich gesetzte Nato-Zielmarke von



Von Pablo Picasso stammt diese Zeichnung vom 10. Mai 1962.

Die Grafik wurde geschaffen zum Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Sie mahnt auch heute noch: Keine neue Konfrontation mit Russland, sondern Frieden, Entspannung, Freundschaft.

zwei Prozent der Wirtschaftsleistung ist bei uns immer noch ein ganzes Stück entfernt.

Nun aber fürchten die einen (zum Beispiel Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg) und hoffen andere, dass die Pandemie auch dem Aufrüsten Grenzen setzen wird. Man muss kein Pazifist sein, um zu sagen: Schön wär's. Aber die Hoffnung ist schwach. Zu sehr hat sich in den vergangenen Jahren ein aufs Militärische fixierter Begriff von „Sicherheit“ durchgesetzt: Die Drohung mit Gewalt ist längst wieder zum zentralen Mittel nationaler oder regionaler Interessenpolitik geworden.

Es mag sein, dass die Corona-Kosten kurzfristig Einschnitte zur Folge haben. Aber solange konfrontatives Denken die globalen Beziehungen beherrscht, wird sich an der langfristigen Tendenz zur Aufrüstung nichts ändern. Wo selbst auf ein weltweit wirkendes Virus mit nationalen Egoismen reagiert wird, ist auch an Frieden durch internationale Zusammenarbeit kaum zu denken.

Ein Kommentar von
Stephan Hebel in der
„Frankfurter Rundschau“.



Kramp-Karrenbauer will Atombomber

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will aufrüsten - aber nicht gegen Corona. Hinter dem Rücken der SPD signalisierte sie den USA Interesse an 45 atomwaffenfähigen Kampfjets. Kosten: 12,5 Milliarden Euro - und das ausgerechnet während der größten Krise seit dem zweiten Weltkrieg.

Gebraucht wird momentan jeder Euro für die Aufgaben, die aus der Corona-Krise entstehen - für das Gesundheitssystem, die soziale Absicherung und für ökonomische Hilfen.

Die Kampfjets sollen unter anderem die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen transportieren - und damit dafür sorgen, dass diese für weitere Jahrzehnte in Deutschland lagern können. Dabei hatte der Bundestag bereits vor 10 Jahren deren Abzug verlangt.

Noch hat die Regierung keine Entscheidung getroffen - Kramp-Karrenbauer will jedoch den Kauf durchsetzen. Einwände der SPD ignorierte sie bisher.

„Mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung sei es nicht gewesen“, wird jetzt abgewiegelt.

Die Gesamtkosten für die neuen Flugzeuge inklusive der 90 „Eurofighter“ über eine veranschlagte 30jährige Nutzungszeit mit Ausgaben für Wartung, Treibstoff etc. sollen sich auf mehr als 100 Milliarden Euro belaufen. „Für die SPD ist nun die Zeit gekommen, Farbe zu bekennen und sich gegen den neuen Atombomber zu stellen“, forderte eine Sprecherin der Friedensbewegung.

Danke für Spenden!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:

Kreissparkasse GG

IBAN DE37508525530009003419



In der Provence in der Nähe von Methamis/Saint-Hubert findet man im Wald eine Erinnerungsstätte an die Pestmauer.



Die Pestmauer (frz. Mur de la peste) ist eine annähernd 25 Kilometer lange Mauer, die man ab 1721 im Hochland des Comtat Venaissin (Frankreich) errichtete, um die Ausbreitung der Pest zu verhindern, die in einer der

letzten großen Epidemien Europas zwischen dem Juni 1720 und 1723 in der Provence wütete. Reste der Mauer sind in der Nähe von Murs zu sehen. Im Mai 1720 soll die Pest in den Hafen von Marseille eingeschleppt worden sein.

Man baute eine lange und zwei Meter hohe Mauer zwischen Monieux und der Schlucht von Cabrières.

Auch in unserer Nähe in Wiesbaden und Mainz-Kastel gab es „Pestmauern“. Das schlimmste Pestjahr in der Geschichte von Kastel war 1666. Damals wurden von den 920 Einwohnern mehr als 500 durch die Seuche

hinweggerafft – also über die Hälfte. Um die katholische Kirche „St. Georg“ erbaute man die Pestmauer zur Eindämmung der Seuche. Hinter dieser Mauer wurden Kranke betreut und Verstorbene in und um das Gotteshaus bestattet.

Man suchte einen Schuldigen. Schnell war man sich einig; „es waren die Juden, die die Brunnen vergiftet haben“. Man vertrieb die Juden aus der Stadt.

Über die Handelswege kam die Pest von Holland über Köln nach Kastel. Schon früher, im Jahre 1348, hatte einmal die Pest unsere Vorfahren am Rhein erreicht.

Beton in den See?

Im Rahmen der Diskussion um neue Baugebiete kam man auch wieder einmal auf die Idee die Kleingärten „im See“ zu bebauen.

Dass muss klug überlegt sein und man muss die Gründe, die gegen „das Zubetonieren“ sind, beachten.

Das kleine Baugebiet wäre zweifellos ziemlich von Lärm belastet. Der Hauptverkehr wird voraussichtlich noch Jahrzehnte über die Umgehungsstraße rauschen.

Die Kleingärten sind heute bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr begehrt. Sie sind kleine ökologische Nischen, die man nicht leichtfertig zubauen darf. Wir sind eine kleine Stadt, aber sie braucht ringsum zunehmend „Grüne Lungen“.

Die Waldschäden durch zwei Jahre extreme Trockenheit, der Sturm im August 2019 mit ungeheuren Schäden, haben uns vor Augen geführt, wie begrenzt die natürlichen Ressourcen sind. Und Corona mit Reiseeinschränkungen und „Einsperrtsein“ hat jetzt viele Menschen zu Gartenliebhabern gemacht.





Sollen die letzten Freiflächen zugebaut werden?

Corona und die Kommunalpolitik. Alles ist jetzt anders. Große Themen, die jeden betreffen, werden in Telefonkonferenzen abgehandelt.

Kurz und bündig. Kaum Zeit für Diskussion, Abwägen, Meinungsbildung. Da geht es um den „Großen Frankfurter Bogen“, man spricht großspurig vom Zukunftsprojekt für Mörfelden-Walldorf.

Es geht um Zuschüsse und Erschließung von Baugelände, um Machbarkeitsstudien. Bis zu 3000 neue Wohnungen sind im Gespräch. Gartengrundstücke „im See“ stehen zur Debatte. Überschlagen kämen dann ca. 8000 neue Einwohner auf uns zu. Wollen wir das alles?

Kann man das schon heute irgendwie festklopfen in „Telefonkonferenzen“. Ist es richtig, dass Leute belächelt und schief angesehen werden, wenn sie das Wort Demokratieabbau aussprechen?

Natürlich sind wir vor allem für bezahlbaren Wohnraum.

Aber es geht nicht nur um Wohnungen vorwiegend für Menschen, die in Frankfurt verdrängt werden, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können.

Es geht um sehr grundsätzliche Fragen, die alle betreffen und die man nicht „hoppla-hopp“ abnicken darf. 3000 neue Wohnungen verlangen neue Infrastruktur. Neue Kindergärten. Neue Verkehrswege.

Alles schnell in der Corona-Zeit „unter Dach und Fach bringen“?

Warum das alles? Man sollte mal auf unseren Müllberg steigen und bei den heutigen klaren Tagen nach Frankfurt blicken. Da wachsen die Hochhäuser. Dort können immer mehr Menschen keine ordentliche Wohnung mehr bezahlen. Weil Wohnungsbau profitable Geldanlage geworden ist. Momentan steigen die Immobilienpreise noch, aber Corona kann diese Blase schnell zum Platzen bringen.

Friedrich Engels beschrieb diese Situation schon im Jahr 1873: „Die Ausdehnung der modernen großen Städte

gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam überein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle. (...)

Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind, denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen. Diese Mietsnot trifft den Arbeiter also sicher härter als jede wohlhabendere Klasse.“

BERTOLT BRECHT

In den finsternen
Zeiten
Wird da auch
gesungen werden?
Da wird auch
gesungen werden.
Von den finsternen Zeiten.

**Trotz alledem!
Mensch sein ist vor allem die Hauptsache.
Und das heißt: Fest und klar und heiter sein,
ja heiter trotz alledem, denn das Heulen
ist das Geschäft der Schwäche.**

Rosa Luxemburg